

Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

Den Frieden befördern – Politische Gefangene in Israel freilassen

Der Bundestag wolle beschließen:

Zurzeit sitzen in israelischen Gefängnissen mehr als 6 180 palästinensische Gefangene – unter ihnen auch politische – ein (Stand: Oktober 2010, Addameer Prisoners Support and Human Rights Association). Darunter befinden sich neun Mitglieder des palästinensischen Legislativrats und 264 Jugendliche und Kinder. Nach Einschätzung mehrerer Menschenrechtsorganisationen wurden Gefangene auch gefoltert. Der politische Gefangene Nael Al-Barghouti befindet sich bereits seit dem 4. April 1978 im Gefängnis.

203 politische Gefangene befinden sich in so genannter Administrativhaft, darunter drei Frauen und zwei Jugendliche (Stand: August 2010). Diese Gefangenen bleiben ohne Anklage, ohne Recht auf ein Gerichtsverfahren im Gefängnis. Sie werden aufgrund „geheimer Informationen“ festgehalten. Grundlage dieser Administrativhaft ist die militärische Anordnung 1591, wonach das israelische Militär ermächtigt ist, palästinensische Zivilistinnen und Zivilisten ohne Begründung bis zu 6 Monate einzusperrern. Kurz vor Ablauf der Frist kann die Gefangennahme beliebig oft verlängert werden.

Die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) hat Israel zuletzt am 29. Juli 2010 für seine Praxis der Administrativhaft kritisiert.

Ebenso wie sich der Deutsche Bundestag für die Freilassung von Gilad Shalit eingesetzt hat, fordert er von der israelischen Regierung die Freilassung der palästinensischen politischen Gefangenen in Israel, darüber hinaus die Aufhebung der militärischen Sondergerichtsbarkeit in den besetzten palästinensischen Gebieten und die Abschaffung der Administrativhaft.

Der Deutsche Bundestag appelliert an die israelische Regierung, bis zur Freilassung der Gefangenen die Menschenrechte zu wahren. Dies gilt für die medizinische Behandlung, die sanitäre Grundversorgung und die Ernährung. Außerdem ist den Gefangenen regelmäßiger Kontakt zu ihren Familien zu gewähren. Das gilt insbesondere für die 698 Gefangenen aus dem Gazastreifen, denen seit Juni 2007 jeglicher Familienbesuch verweigert wird.

Berlin, den 27. Oktober 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

